



Position: E-Government

Hightech-Verwaltung für den Hightech-Standort Deutschland

Eine leistungsfähige und serviceorientierte Verwaltung ist im globalen Wettbewerb ein wesentlicher Standortfaktor. Komplizierte, langwierige und kostspielige Verwaltungsverfahren hemmen wirtschaftliches Handeln und verteuern Investitionen. Unser Hightech-Standort braucht eine Hightech-Verwaltung, die effektiv funktioniert, einen angemessenen Leistungsumfang anbietet, Innovationen zulässt und diese fördert.

Die Verwaltungsmodernisierung muss darauf ausgerichtet sein, Verfahren nicht nur zu digitalisieren, sondern sie zu optimieren, zu vereinheitlichen und Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft bei der strategischen Aufstellung und Gestaltung von E-Government-Anwendungen einzubinden. Staat und Verwaltung müssen ihre geänderte Rolle als Partner von Bürgern und Unternehmen annehmen. Die Potenziale von E-Government als Treiber für Innovation und Verwaltungsmodernisierung müssen stärker genutzt werden. Angesichts fortschreitender Digitalisierung heißt das, digitale Infrastrukturen und Gesetze zur Verfügung zu stellen, die den hier genannten Ansprüchen gerecht werden. Zeitgemäßer IT-Einsatz muss strategischer Bestandteil staatlichen Handelns werden.

Bürokratiekosten der Unternehmen durch E-Government senken

Deutsche Unternehmen haben ca. 130 Verwaltungskontakte im Jahr und sind mit einem erheblichen Bürokratieaufwand konfrontiert. E-Government-Anwendungen bleiben leider oft hinter den Potenzialen zurück. Sie folgen bisher häufig eher dem Motiv, bestehende Prozesse und Verfahren zu digitalisieren, ohne dabei Verfahren zu optimieren und neu zu gestalten – insbesondere an der Schnittstelle Verwaltung und Unternehmen. Viele E-Government-Projekte sind für die Wirtschaft, vor allem für KMU, zu umständlich in der Handhabung.

- Politische Relevanz erhöhen: Politische Entscheidungsträger müssen E-Government primär als Treiber der Verwaltungsmodernisierung und -reorganisation verstehen und unterstützen. Nur mit politischer Unterstützung kann sich in der Verwaltung eine Kultur der Zusammenarbeit zwischen Technik und Organisation durchsetzen.
- Verwaltungsprozesse digitalisieren und vereinfachen: Elektronische, medienbruchfreie Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen muss oberstes Ziel aller Verwaltungen sein. Dabei sind Möglichkeiten zur Vereinfachung der Verfahren zu nutzen. Schriftformerfordernisse müssen konsequent abgeschafft werden, wo sie rechtlich entbehrlich sind.
- Papierersetzendes Scannen für Unternehmen durchsetzen: Die Aufbewahrung von Papier-Rechnungen ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die teuerste Bürokratievorschrift für Unternehmen. Zwar konnte durch die Zunahme elektronischer Rechnungen bereits eine Senkung erzielt werden. Jedoch ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen nach wie vor nicht transparent, für welche Dokumente ersetzendes Scannen rechtssicher ist.

E-Government kooperativ umsetzen

Uneinheitliche Lösungen – das haben die Erfahrungen u. a. aus der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie gezeigt – führen dazu, dass die Potenziale der Anwendung nicht erschlossen

werden, ihre positive Wirkung verpufft und sogar zusätzliche Kosten bei den Unternehmen verursacht werden.

- Kooperatives E-Government mit Wissenschaft und Wirtschaft umsetzen: Ein Mehrwert beim E-Government kann nur entstehen, wenn Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen (sowie innerhalb der EU) stärker zusammenarbeiten und ihr Vorgehen über Ressortgrenzen hinweg abstimmen. Um vorhandene Kompetenzen, neue Trends und Marktkennntnisse zu integrieren, sollten auch Wissenschaft und Wirtschaft an der strategischen Aufstellung und Gestaltung beteiligt werden. Dafür bietet das aus dem IT-Gipfelprozess heraus gegründete Nationale E-Government-Kompetenzzentrum (NEGZ) eine Plattform.
- IHKs sind wichtige Mittler zwischen Verwaltung und Wirtschaft: Bedürfnisse der Unternehmen werden bei der Organisation elektronischer Verwaltungsprozesse stärker beachtet und E-Government-Angebote gegenüber Unternehmen besser bekannt gemacht.
- P23R anwenden: Mit dem P23R-Prinzip ist der Datenaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung einfacher und transparenter. Es müssen Regelungen und verbindliche Standards (für neue und bestehende Anwendungen) gefunden werden, damit Verwaltungen (auf allen Ebenen) einheitliche Anforderungen für gesetzliche Informations- und Meldepflichten haben, und diese transparent für Unternehmen sind. Der für Unternehmensdaten geplante P23R ist gerade aufgrund seiner dezentralen Datenhaltung und Datensparsamkeit ein gutes Instrument auch für die Arbeitnehmerdaten, die nach dem ELENA-Ende bis heute ohne Lösungsansatz sind.

Nationale IT-Steuerung auf Innovation und Transformation ausrichten

Um die Erfolgsbilanz von E-Government-Projekten zu verbessern, müssen die Innenorganisation der Verwaltung neu aufgestellt und die IT-Steuerungsstrukturen weiterentwickelt werden. Der Erfolg bisheriger E-Government-Projekte wurde durch Defizite im Projektmanagement, in der Standardisierung, aber auch in der konkreten Umsetzung und der Etablierung von Anwendungsmöglichkeiten gemindert. Beispiele sind das Konzept P23R, der neue Personalausweis, ELENA und De-Mail.. Der öffentliche Sektor muss sich strategisch und operativ so aufstellen, dass grundlegende Projekte endlich erfolgreich umgesetzt werden.

- Rolle der CIO stärken: IT-Steuerung im öffentlichen Sektor muss strategische Innovation und Transformation von Staat und Verwaltung vorantreiben. Der jeweilige CIO muss mit Mandat, Instrumenten und angemessenem Budget ausgestattet werden, um als Innovator und Treiber Themen zu setzen und Transformationsprozesse über Ressorts hinweg anzustoßen.
- IT-Planungsrat stärken: Der IT-Planungsrat muss die übergreifende Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern besser koordinieren. Dazu muss er eine nationale E-Government-Roadmap aufstellen, um ressort- und Ebenen übergreifende E-Government-Projekte auf den Weg zu bringen, und künftig stärker die Funktion eines Strategieboards übernehmen. Seine Mitglieder brauchen starke Mandate und einen organisatorischen Unterbau, der über ausreichend Personal und Budget verfügt.
- eID Strategie für alle Verwaltungsebenen entwickeln und umsetzen: Um Akzeptanz und Zuschaltquote des neuen Personalausweises zu erhöhen, muss der IT-Planungsrat eine kohärente eID-Strategie für alle Verwaltungsebenen entwickeln und für deren Umsetzung sorgen. Dazu gehört auch die Etablierung einer einheitlichen Technologie für staatliche Identifizierungs-Karten wie nPA und elektronische Gesundheitskarte.